WIRTSCHAFTSKAMMER BASELLAND

Gewerbeverband Basel-Stadt
Unsere Unternehmen – gemeinsam besser.

Medienmitteilung vom 19.03.2014
Zeichen Lead: 460; Zeichen Gesamttext: 2920

Gewerbeverbände von Basel-Stadt und Baselland gemeinsam gegen Mindestlohninitiative

Parlamentarische Vorstösse in beiden Kantonsparlamenten

Basel, Liestal. Mit fast gleichlautenden parlamentarischen Vorstössen gelangen CVP-National- und Grossrat Markus Lehmann, Vorstandsmitglied beim Gewerbeverband Basel-Stadt, und FDP-Landrat Christoph Buser, Direktor der Wirtschaftskammer Baselland, an die jeweiligen Kantonsregierungen. Die Vertreter der beiden kantonalen KMU-Verbände verlangen von den jeweiligen Regierungen Klarheit darüber, welche Auswirkungen eine Annahme der Mindestlohninitiative hätte.

Am 18. Mai 2014 kommt die eidgenössische Volksinitiative «Für den Schutz fairer Löhne (Mindestlohninitiative)» zur Abstimmung. Sie verlangt einerseits, dass Bund und Kantone die Festlegung von Mindestlöhnen in Gesamtarbeitsverträgen (GAV) fördern. Andererseits soll der Bund einen nationalen gesetzlichen Mindestlohn von 22 Franken pro Stunde festlegen, was einem Monatslohn von rund 4'000 Franken entspricht.

Mit der Annahme der Mindestlohninitiative wäre der Wirtschaftsraum Nordwestschweiz mit einem starken Eingriff in den Arbeitsmarkt konfrontiert. Insbesondere die KMU-Wirtschaft wird von der neuen Regulierung stark betroffen sein und dies, obwohl sie gemeinsam mit den Gewerkschaften die erfolgreiche Sozialpartnerschaft mit allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsverträgen stetig ausbaut.

Deswegen haben die beiden kantonalen KMU-Verbände beschlossen, bei ihren jeweiligen Regierungen mit parlamentarischen Vorstössen vorstellig zu werden. Im Kanton Basel-Stadt hat Markus Lehmann, CVP-National- und Grossrat sowie Vorstandsmitglied des Gewerbeverbands, eine Interpellation eingereicht. Eine solche wird auch FDP-Landrat und Wirtschaftskammer-Direktor Christoph Buser einreichen.

Die beiden Parlamentarier wollen unter anderem wissen, wie sich die jeweiligen Kantonsregierungen grundsätzlich zur Mindestlohninitiative stellen, welche besonderen Folgen sich für

Basel-Stadt und Baselland als Grenzkantone ergeben und welche Auswirkungen die Mindestlohninitiative im Zusammenhang mit dem Thema Schwarzarbeit hat. Im Weiteren verlangen Lehmann und Buser statistische Angaben zur Frage, wieviele Jugendliche, Studierende sowie Praktikantinnen und Praktikanten aufgrund eines Mindestlohns stellenlos werden könnten und welche Auswirkungen dies auf die Sozialhilfe generell haben würde. Schliesslich sollen die beiden Regierungen darüber Auskunft geben, wie sich die Mindestlohninitiative auf die Motivation Jugendlicher auswirkt, eine Berufslehre zu absolvieren, wenn bereits Ungelernte einen derart hoch angesetzten Mindestlohn beziehen, wie ihn die Initiative fordert.

Das gemeinsame Vorgehen mit beinahe gleichlautenden Interpellationen in den beiden Kantonsparlamenten von Basel-Stadt und Baselland ist ein starkes Signal für die Geschlossenheit der regionalen KMU-Wirtschaft in der Ablehnung der Mindestlohninitiative.

Kontakte

Landrat Christoph Buser
Direktor
Wirtschaftskammer Baselland
Telefon 076 324 98 33

Daniel Schindler
Kommunikationsbeauftragter
Wirtschaftskammer Baselland
Telefon 061 927 65 62; 079 688 30 46

Markus Lehmann, National- und Grossrat
Vorstandsmitglied Gewerbeverband Basel-Stadt
Telefon 079 415 33 66

Gabriel Barell
Direktor Gewerbeverband Basel-Stadt
Telefon 061 227 50 10